



Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Die Geschäftsstelle Gewässerökologie der Abteilung 5 des Regierungspräsidiums Tübingen verarbeitet **im Rahmen der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, bei der Bearbeitung und Beantwortung von Anfragen sowie bei der Übermittlung von Informationen** personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Regierungspräsidium Tübingen
Konrad-Adenauer-Straße 20
72072 Tübingen
Telefon: 07071 757-0
E-Mail: poststelle@rpt.bwl.de

2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgender E-Mail-Adresse und Telefonnummer:

E-Mail: Datenschutz@rpt.bwl.de
Tel.: 07071 757-0

3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

a) Zweck

Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer Aufgaben. Dazu zählen im Wesentlichen

- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Landesbetriebe Gewässer sowie der Gemeinden
- Informations- und Wissenstransfer
- Bearbeitung von Anfragen
- Durchführung von Veranstaltungen

b) Rechtsgrundlagen

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO i.V.m. § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG), mit den einschlägigen Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG), des baden-württembergischen Wassergesetzes (WG), des Erlasses „Gewässerkundlicher Dienst“ vom 27.02.1996 sowie des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Ggfs. dient uns Ihre Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) DS-GVO als Rechtsgrundlage.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten in der Regel vor allem folgende personenbezogene Daten:

- Vor- und Nachnamen, Titel
- Kontaktdaten (z.B. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Amt, Funktion
- ggf. Informationen zur Sache

5. Woher stammen Ihre Daten?

Wir verwenden ausschließlich die Daten, die Sie uns im konkreten Einzelfall oder generell zur Verfügung gestellt haben, z.B. per E-Mail, telefonisch oder bei einer Veranstaltung in eine Anwesenheitsliste eingetragen haben.

Darüber hinaus verarbeiten wir auch weitere Informationen, die wir von den Behörden / Kommunen erhalten, die uns rechtmäßig die personenbezogenen Daten übermittelt haben.

6. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre Daten werden bei Veranstaltungen in Übersichten (Kontakt- / Verteilerlisten) erfasst, gespeichert und anlassbezogen zu dem genannten Zweck verwendet. Bei Anfragen z.B. per E-Mail werden Ihre Daten zum Zweck der Beantwortung Ihrer Anfrage verwendet und nur dann längerfristig elektronisch gespeichert, wenn es sich um aktenrelevante Vorgänge handelt (z.B. bei Anfragen zur Übergabe von Projektergebnissen). Bei der Übermittlung von Informationen, z.B. über laufende Projekte, werden Ihre Daten für den Zeitraum des Projektverlaufs elektronisch gespeichert und zur Informationsweitergabe verwendet sowie langfristig elektronisch in einer Akte abgelegt.

7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Eine Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt ausschließlich im Rahmen der Durchführung der Veranstaltung bzw. im Rahmen der Bearbeitung Ihrer gestellten Anfrage oder zur Informationsübermittlung, soweit dies zur Wahrnehmung unserer Aufgaben erforderlich ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Zu den möglichen Empfängern im Rahmen der Organisation von Veranstaltungen können insbesondere gehören:

- Behörden
- Kommunen
- Betroffene Institutionen, Verbände, Vereine
- Vertragspartner, die an der Durchführung der Veranstaltung mitwirken

8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Es besteht keine Pflicht, uns Ihre Daten bereitzustellen. Die Daten sind jedoch erforderlich, um unsere Aufgaben wahrnehmen und Ihre Anliegen bearbeiten und mit Ihnen in Kontakt treten zu können.

9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die personenbezogenen Daten werden nur so lange gespeichert und die Akten nur so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Gemäß der Gemeinsamen Anordnung der Ministerien über die Verwaltung des Schriftguts der Behörden des Landes (AnO Schriftgut) werden die personenbezogenen Daten im Regelfall 10 Jahre aufbewahrt und gespeichert, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist. Die Frist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem der Vorgang (rechtskräftig) abgeschlossen worden ist.

10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

a) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

b) Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und - wenn ja - welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

c) Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt. Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidenten übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie uns postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Darüber hinaus können Sie Ihr Anliegen auch der bzw. dem

behördlichen Datenschutzbeauftragten des Regierungspräsidiums Tübingen zukommen lassen.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde erheben bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW). Diese können Sie auch online einlegen unter <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>.